

1933 bis 1945



Einen Tag bevor Reichspräsident Hindenburg am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannte, wählte die Sulzbacher SPD zum letzten Mal ihren Vorsitzenden neu.

Georg Herold führte den Ortsverein, dem noch 21 Männer und drei Frauen angehörten, in die letzten Wochen seines Bestehens. Die Verfolgung durch die braunen Horden, allen voran der SA, hatte bereits begonnen und sollte sich mit den kommenden Ereignissen weiter steigern.

Nach dem Brand des Reichstages am 27. Februar 1933 - seine genauen Hintergründe sind bis heute ungeklärt - setzten die Nationalsozialisten wichtige Verfassungsrechte außer Kraft. Die Presse der Sozialdemokratie sah sich massiven Repressalien ausgesetzt, Funktionäre wurden misshandelt und verhaftet.

Nichtsdestoweniger geschlossen stand die sozialdemokratische Wählerschaft bei der Reichstagswahl am 05. März 1933 hinter ihrer Partei. Hier erreichte die NSDAP in Sulzbach gerade 34,2 %, die SPD immerhin noch 13,9 %.

Am 07. März 1933 stürmte SA unter dem Kreisleiter der NSDAP Paul Arendt Rathaus und Bezirksamt und hissten die Hakenkreuz- Fahne.

In der Nacht vom 09. auf den 10. März kam es zu Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der KPD und der SPD.

Die SPD Mitglieder Max Wurm, Johann Zintel, Josef Schoberl, Hans Zobel, Andreas Zahn und Friedrich Spieß wurden verhaftet und im Amtsgerichtsgefängnis in Schutzhaft genommen.

Sie wurden zwar 4 Tage später freigelassen, aber kurzfristige Inhaftierungen, z.T. nur für einen Tag häuften sich.

Vom 16. März 1933 datiert das letzte Sitzungsprotokoll des SPD-Ortsvereines Sulzbach. Weitere Aufzeichnungen belegen, wie die Parteifahne - genannt "Reichsbanner" - in Sicherheit gebracht wurde. Zuerst fand sie für kurze Zeit ein Versteck im Gartenhaus Spies, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bewahrte sie Ludwig Dötzer unter dem Dach seines Hauses auf.

Am 09. März 1933 wurde auch Bayern gleichgeschaltet, der Bayerische Ministerpräsident Heinrich Held angesetzt.

Im Bund wurden unter Bruch der Verfassung die 81 Kommunistischen Reichstagsmandate für ungültig erklärt und mit einem Gesetz vom 13. März 1933 einfach aberkannt, die führenden Funktionäre wurden zum großen Teil verhaftet.

Der 23. März 1933 markiert ein bedeutsames Datum in der Geschichte der SPD : Als einzige im Reichstag vertretene Partei verweigerte sie Hitlers Ermächtigungsgesetz die Zustimmung; unvergessen die Rede des Sozialdemokraten Otto Wels :

„Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten“.

Von den 120 SPD Abgeordneten saßen die ersten ebenfalls bereits im Gefängnis oder waren auf der Flucht, so konnten nur 94 an der Abstimmung teilnehmen und stimmten mit Nein!

Der Stadtrat bestand in den letzten Tagen der Demokratie aus Bürgermeister Franz Bauer sowie Friedrich Ottmann, Georg Mutzbauer, Paul Strobel, Hans Mayer, Georg Renner (Sulzbacher Arbeitsgemeinschaft), Andreas Strobel - für diesen ab April Georg Gollwitzer- Georg Gschrei (SPD), Johann Maul, Johann Geismann, Johann Binder (KPD), Leonhard Franz (NSDAP), Hans Westinner, Heinrich Lehner, Andreas Lösch, Johann Häusler, Simon Barth (BVP).

Am 18. Mai 1933, eine Woche nach Beschlagnahme des Parteivermögens und 4 Tage vor der Auflösung der SPD im Bund, löste sich die SPD-Fraktion mit ihren Mitgliedern Georg Gschrei und Georg Gollwitzer im Sulzbacher Stadtrat auf.

Am 04. August 1933 hatten alle Nicht-NSDAP- Mitglieder laut Bürgermeister Bauer den Stadtrat verlassen und am 18. September 1933 wurde der Stadtrat mit NSDAP-Mitgliedern wieder aufgefüllt.

Den am 08. Dezember 1929 letzten frei gewählten Rosenberger Gemeinderat gehörten an:

Bürgermeister Jakob Strobel, August Scherm, Johann Munker, Hans Krugmann, Johann Donhauser, Georg Bogner, Jakob Kern, Konrad Hagen, Andreas Siegert, Konrad Kurz (BVP/DNVP), Hans Zobel, Gottlieb Baumann, Sophie Dürr, Hans Häring, Andreas Zahn (SPD).

Dieser Gemeinderat wurde im Rahmen des Gleichschaltungsgesetzes vom 31. März 1933 am 18. April 1933 zwangsweise aufgelöst und nach dem Verhältnis der Stimmabgabe bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 neu zusammengesetzt.

Die NSDAP erhielt 4 Sitze, die BVP 5 Sitze, die Kampffront Schwarz- Rot- Weiß 4 Sitze und die SPD 2 Sitze.

Am 1. April wurde der Schlossberg in Hindenburg-Berg umbenannt und führenden Größen (u.a. Hindenburg, Hitler, Hugenberg) die Ehrenbürgerwürde angetragen.

Auf Grund einer Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 17. Juni 1933 mussten die beiden SPD Gemeinderäte Ludwig Dötzer und Georg Herold aus dem Gemeinderat ausscheiden.

Durch eine Anordnung des Reichsinnenministers wurde die SPD am 22. Juni 1933 als Partei verboten. Das Verbot ließ den Sozialdemokraten im Kampf gegen den Hitler- Faschismus nur noch zwei Möglichkeiten offen, entweder den Weg in den Untergrund oder ins Exil.

Am 01. Juli 1934 wurde Rosenberg, am 31. März 1935 Großalbershof mit Sulzbach zur Stadt Sulzbach-Rosenberg vereinigt.

Sozialdemokraten im Exil sammelten über Jahre hinweg Berichte, die Daheimgebliebene über ein geheimes Kuriernetz nach draußen schmuggelten, und gaben sie von 1934 bis 1940 in den "Deutschland-Berichten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands" heraus. Sie sollten dem Ausland die Entwicklungen im Reich aufzeigen. Oft bleiben Ortsnamen unerwähnt, um die Verfasser nicht in Gefahr zu bringen. Aber zwei Erwähnungen Sulzbachs deuten an, dass auch hier Sozialdemokraten ihre Tätigkeit im Untergrund aufrecht erhielten. So z.B. eine Erwähnung im Juni 1935, wonach in Sulzbach die Fronleichnamsprozession nur unter dem Schutz der Reichswehr durchgeführt werden konnte, nachdem Bürgermeister Arendt (NSDAP) den Umzug untersagt hatte.

Während der nationalsozialistische Wahn Deutschland in die Katastrophe treibt, bereiten sich Sozialdemokraten im Exil auf den Neuanfang vor. In London erklären verschiedene sozialistische Gruppen:

„Die deutschen Sozialisten in Großbritannien sind einig in der Überzeugung, dass die militärische Niederlage und der Sturz des Hitler- Regimes, die endgültige Überwindung des deutschen Militarismus und die Beseitigung der sozialen Grundlagen der Hitler- Diktatur unerlässliche Voraussetzungen bilden für einen dauerhaften Frieden, den Wiederaufbau Europas und eine demokratische und sozialistische Zukunft Deutschlands.“